

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	7. Sitzung Hauptausschuss
	Termin:	14. Juli 2015, 16:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Ständehausaal
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 2.1. der Tagesordnung: Objektive Sicherheitslage in Karlsruhe (mündlicher Bericht)

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Erster Bürgermeister Jäger ruft Tagesordnungspunkt 2.1 zur Behandlung auf und informiert, ein Schwerpunkt des öffentlichen Teils dieser Hauptausschusssitzung liege im Bereich der Sicherheit. Es gebe Informationen zu sicherheitsrelevanten Themen, die Bürgerinnen und Bürger besonders berühren würden und auch die Verwaltung in den letzten Monaten ziemlich beschäftigt haben. Hierzu gehöre auch der Sicherheitsbericht des Ordnungs- und Bürgeramts für das Jahr 2014. Dieser sei ausgelegt und im Internet abrufbar. Bereits in der Gemeinderatssitzung vom 18. März 2014 sei die Einrichtung eines Ausschusses für öffentliche Sicherheit und Ordnung diskutiert worden, was jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde. Bereits damals habe er darauf hingewiesen, dass Themen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den Hauptausschuss gehören.

Als Tischvorlage hierzu stünde ergänzend die Polizeiliche Kriminalstatistik 2014 des Polizeipräsidiums Karlsruhe zur Verfügung.

Polizeipräsident Freisleben (Polizeipräsidium Karlsruhe) berichtet, die Ermittlungsgruppe Einbruch des Kriminalkommissariates Pforzheim ermittle derzeit gegen einen 23-jährigen Mann, der im Verdacht stehe, mehrere Wohnungseinbrüche im Enzkreis und im Stadtgebiet von Karlsruhe begangen zu haben. Der Betreffende sei festgenommen worden, die Diebesbeute sei im Internet zu sehen. Ein Problemfeld in ganz Europa sei die gestiegene Anzahl an Wohnungseinbruchdiebstählen. Besonders betroffen sei im Jahr 2012 auf 2013 die Stadt Karlsruhe gewesen. Hier liege fast eine Verdoppelung der Zahlen vor. Im vergangenen Jahr habe man erste Maßnahmen ergriffen und konnte dadurch einen geringeren Zuwachs von 4,4 Prozent erreichen, entgegen eines Zuwachses von landesweit 19 Prozent. Die Maßnahmen seien daraufhin weiter intensiviert worden. Ein Ergebnis sei, dass ein erneuter Rückgang an Kriminalität in Höhe von insgesamt von 5 Prozent in der Stadt vorliege. Bei den Wohnungseinbrüchen bewege man sich auch in diesem Bereich. Es

sei somit zu belegen, dass polizeiliche Maßnahmen, fokussiert auf diesen Deliktsbereich, Wirkung erzielen. Man setze derzeit über 50 Kriminalbeamte und Beamte der Schutzpolizei ein, die lediglich Wohnungseinbrüche bekämpfen. Einbruchsdiebstahl sei eines der Phänomene, welches den Einzelnen ganz tief in seinem Lebensraum und Menschsein treffe und nachhaltige Auswirkungen habe. Das Polizeipräsidium habe mit Schwerpunkt auf die Stadt Karlsruhe nochmals in zusätzliches Personal investiert, auch mit Festnahmeeinheiten im operativen Bereich. Im Rückblick habe man rund 200 Tatverdächtige festgenommen. Hier von seien ca. 50 in Haft gekommen. Hier seien positive Erfolge zu verzeichnen. Dies spiegle auch die Lage in Karlsruhe wieder. Im Jahr 2014 liege im Gegensatz zum Jahr 2013 fast durchgängig ein Rückgang zwischen 5 und 30 Prozent vor. Ein zehnpromentiger Rückgang an Wohnungseinbruchdiebstählen sei ein weiteres Beispiel für Karlsruhe. Er spreche von Zahlen, die sich sehen lassen können, jedoch verhehle er nicht, dass insgesamt ein Anstieg vorlag.

Er betont, dass ihm jedoch zwei Bereiche Sorgen bereiten. Es liege eine Verlagerung vom Wohnungseinbruchdiebstahl hin zu Diebstahl von Fahrzeugen vor. Die Hälfte des Zuwachses sei im Bereich Fahrräder zu erkennen. Der zweite Bereich sei alles was mit KFZ zu tun habe. Es gebe gezielte Banden, die auf Navigationsgeräte aus seien. Weiterhin bereite ihm die Anzahl der Tatverdächtigen Sorge. 45 Prozent der Tatverdächtigen seien nicht Deutsche. Festzustellen sei, dass unser gutes Asylrecht gezielt von einzelnen Gruppen missbraucht werde. Probleme mit denen, die aus dem Kriegsgebiet oder aus ähnlichen misslichen Lagen kommen, gebe es nicht. Es bestehe jedoch ein Problem mit Personen aus Georgien, Litauen und weiteren osteuropäischen Ländern, die mit strukturierten Vorgehensweisen arbeiten würden. Zur Problemlösung setze man neben Fahrzeug- auch Fußstreifen ein, ebenso gebe es Sondereinsätze zusammen mit der Bereitschaftspolizei. Zukünftig führe man auch Pedelectstreifen ein. Er sei sehr zuversichtlich, dass sich neben der Einrichtung des Kriminaldauerdienstes insbesondere auch die zentrale Kriminaltechnik positiv auswirke.

Der Vorsitzende kommt, übernimmt die Sitzungsleitung und bedankt sich. Er betont, das das Polizeipräsidium könne sich der Unterstützung und des Dankes der Bevölkerung sicher sein, da das Thema Wohnungseinbrüche so beherzt angegangen worden sei. Man habe es zweitweise leider zu einer unrühmlichen Berühmtheit gebracht, da ausgehend von einem sehr niedrigen ein hohes Niveau erreicht worden war. Er glaube jedoch auch, dass durch den vermehrten Einsatz von Fußstreifen dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger nachgekommen werde. Eine persönliche Kontaktaufnahme falle hier leichter. Er erlebe in vielen Bürgerversammlungen, dass sich Menschen entsprechend betreut und sicher fühlen, wenn die Polizei auf der Straße persönlich ansprechbar sei.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) möchte wissen, ob man die Verhältnisse in und um die zahlreichen Flüchtlingsunterkünfte im Griff habe oder ob erhöhter Wachsamkeitsbedarf bzw. erhöhte Maßnahmenveranlassung bestehe?

Polizeipräsident Freisleben (Polizeipräsidium Karlsruhe) stellt fest, wenn so viele Menschen zusammen leben, die keine Arbeit und den ganzen Tag über nichts zu tun haben, es zu bestimmten Störungen kommen könne. Solche Auseinandersetzungen seien aber auch im Sozialverhalten bei Bürgern, die hier in Deutschland leben, ziemlich normal. Das habe man gut im Griff, die Ablauforganisation jedoch nicht. Hier müsse seitens des Integrationsministeriums nachgebessert werden. Unterstützung ihrerseits erfolge dahingehend, da zweitweise Kräfte zur Verfügung gestellt werden. Nachbesserungsbedarf bestehe

jedoch bei den Gruppen, die das Asylrecht missbrauchen und den sehr guten Standort und gleichzeitig die sehr gute Verkehrsanbindung nutzen würden, um Streifzüge zu machen. Eine Auswertung hierüber sei in Arbeit und werde nach Abschluss den Oberbürgermeistern und Landräten der Region vorgestellt. Derzeit bestehe Handlungsbedarf darin, in den Erstaufnahmestellen und sonstigen Unterkünften Tätergruppierungen zu ermitteln, die diese Unterkünfte missbräuchlich nutzen. Hier führe man verdeckte Maßnahmen durch und habe deshalb Erfolg.

Der Vorsitzende bedankt sich und stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, Kenntnisnahme durch den Hauptausschuss fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten
3. August 2015